



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Otto Lederer, Peter Tomaschko CSU

Drs. 18/5655, 18/6600

Respekt für Demokratie und Kommunalpolitik! Kommunalpolitisch engagierte Bürgerinnen und Bürger unterstützen und beschützen – IV

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der bestehenden Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zur Erarbeitung eines bayerischen Gewaltschutz- und Präventionskonzepts unter Beteiligung aller relevanten Akteure einschließlich der Kommunalen Spitzenverbände, Optimierungsbedarfe und -möglichkeiten einer stärkeren Vernetzung und engen Zusammenarbeit der betroffenen Behörden, Kommunen und gesellschaftlichen Akteure im Sinne einer erfolgreichen ganzheitlichen Präventionsarbeit zum Thema „Hate-Speech“ und „Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern“ zu prüfen. Dabei sollen ausgehend von der aktuellen Situation im Hinblick auf Strukturen und Vernetzung der beteiligten Institutionen auf kommunaler Ebene auch insbesondere ganzheitliche Strukturen und Maßnahmen beleuchtet werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über das Ergebnis dem Landtag schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident